

Alain Lipietz

Demokratie nach dem Fordismus*

In einer Reihe von anregenden Essays hat Macpherson (1967, 1983) verschiedene »Modelle« vorgestellt, in denen er die Entsprichung von Demokratievorstellungen und sozio-ökonomischen Realitäten deutlich macht. Man hat diesem Ansatz einen gewissen Reduktionismus vorwerfen können. Auf jeden Fall wäre es gewagt, ihn in die Zukunft zu verlängern, auch wenn er hilfreich war, um die politisch-ökonomischen Konfigurationen der Vergangenheit zu erklären.

Und doch scheint das Vorhaben von Macpherson, der eine von Montesquieu kommende und über Marx hinausgehende Denktradition weiterführt, zutiefst berechtigt. Es gibt durchaus so etwas wie ein »gemeinsames Prinzip«, das sowohl die sozio-ökonomischen Gegebenheiten wie die Formen der Demokratie zu regieren scheint. Dieses Prinzip ist sicher weder die Ursache des einen noch des anderen. Man könnte eher sagen, daß es einen wechselseitigen Einfluß in den Entwicklungen der verschiedenen Bereiche gibt, mit Momenten der »Harmonie«, in denen ein gemeinsames Prinzip der Gesellschaftlichkeit die Oberhand zu gewinnen scheint. Dieses Prinzip (oder besser dieses Bündel von Prinzipien) wollen wir als »gesellschaftliches Paradigma« bezeichnen.

Wenden wir uns nun der Zukunft zu, so geht es nicht mehr darum, dieses Paradigma zu »enthüllen«. Es geht, was den politisch Aktiven betrifft, um seine Durchsetzung und, was den Forscher betrifft, um die Identifizierung der kämpfenden Paradigmen.

In diesem Beitrag werden wir zunächst die gegenwärtig im Kampf liegenden Paradigmen identifizieren (das »liberal- produktivistische« und das »alternative«, um sie gleich beim Namen zu nennen), und dann einige der ökonomischen Grundlagen umreißen, die derjenigen Konzeption von Demokratie, die mit den Prinzipien der Alternative übereinstimmt, entsprechen könnten.

Im ersten Schritt soll kurz daran erinnert werden, wie die aus dem »Regulations-Ansatz« stammenden Arbeiten¹ die Erklärung der Korrespondenz von Ökonomie und »sozialem Paradigma« ermöglichen. Wir werden damit den Relativismus der Demokratiekonzeptionen hervorheben können. Im zweiten Abschnitt werden wir, ebenfalls kurz, auf die »Korrespondenz« eingehen, die dem gegenwärtig in die Krise geratenen fordistischen Entwicklungsmodell eigentümlich ist. Der dritte Abschnitt stellt den »liberalen Produktivismus« dar, der vierte behandelt die Alternative. Im fünften Teil betonen wir einen bestimmten Aspekt der alternativen Gesellschaftlichkeit: die Bedeutung, die sie den konkreten, territorialen Gemeinschaften beimißt.

* Erschienen unter dem Titel »Après-Fordismus et démocratie« in *Les temps modernes*, vol. 524, März 1990. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Soziales Paradigma und Entwicklungsmodell

Die Reproduktion einer kapitalistischen Warenökonomie über ihre Transformationen geschieht keineswegs von selbst. Wir stellen jedoch fest, daß diese Transformationen über längere Zeiträume hinweg regelmäßig bleiben, und daß die Akkumulation, das ökonomische Wachstum, keine großen Beeinträchtigungen erfährt. Wir bezeichnen eine solche mit Produktions-, Distributions- und Anwendungsnormen verbundene und verträgliche Transformationsweise als ein *Akkumulationsregime*. Dieses Regime beruht seinerseits auf allgemeinen Prinzipien der Arbeitsorganisation und der Technikverwendung, die wir *technologisches Paradigma* nennen können.

Ein Akkumulationsregime bezeichnet also eine makro-ökonomisch feststellbare Regelmäßigkeit. Diese Regelmäßigkeit ist selbst schon eine wertvolle Orientierung für die ökonomischen Agenten. Ihre Initiativen bleiben jedoch durch eine grundlegende Unsicherheit im Hinblick auf ihren künftigen globalen Zusammenhang bedroht. Es müssen sich deshalb Regulationsmechanismen einschalten. Wir bezeichnen als *Regulationsweise* das Ensemble der eingespielten oder expliziten Normen, der Institutionen, welche die individuellen Erwartungen und Verhaltensweisen beständig auf die Gesamtdynamik des Akkumulationsregimes einstellen. Man kann sagen, daß die Regulationsweise die »Landschaft«, die praktische Welt, die »Landkarte« auf der Oberfläche bildet, nach der sich die individuell Handelnden derart orientieren, daß die Bedingungen einer ausgeglichenen Reproduktion und Akkumulation im Grunde respektiert werden (Lipietz 1985). Die Instaurierung einer Regulationsweise hängt aber ebenso wie ihre Konsolidierung sehr weitgehend von der politischen Sphäre ab. Wir befinden uns hier auf dem Gebiet der Kämpfe und der politisch-sozialen »Waffenstillstände«, der *institutionalisierten Kompromisse*.

Diese Kämpfe, Waffenstillstände und Kompromisse sind auf politischem Gebiet das Äquivalent zu dem, was die Konkurrenz, die Arbeitskämpfe und das Akkumulationsregime auf ökonomischem Gebiet darstellen. Die gesellschaftlichen Gruppen, die durch ihre alltäglichen Existenzbedingungen, insbesondere durch ihre Stellung in den ökonomischen Verhältnissen, bestimmt sind, geben sich nicht einem endlosen Kampf hin. Wir bezeichnen ein stabiles System von Herrschaftsverhältnissen, Bündnissen und Zugeständnissen zwischen unterschiedlichen (herrscheidenden wie untergeordneten) gesellschaftlichen Gruppen als einen *sozialen Block*, und ein sozialer Block ist *hegemonial*, wenn er durchsetzen kann, daß sein Dispositiv als mit dem Interesse der gesamten Nation übereinstimmend anerkannt wird. In einem hegemonialen Block muß derjenige Teil der Nation, dessen Interessen überhaupt keine Berücksichtigung finden, sehr minoritär sein.

Soweit in diesem Konsens, über den der hegemoniale Block sich herstellt und reproduziert, die Berücksichtigung ökonomischer Interessen auf dem Spiel steht, sieht man den Zusammenhang zwischen »hegemonialen Block«, »Akkumulationsregime« und »Regulationsweise« hervortreten. Aber wie werden die »Interessen« bestimmt, die legitim zu befriedigen sind? Wie bemißt sich die Gültigkeit und die Anerkennung der Kompromisse, die den hegemonialen Block

zusammenschweißen, und worauf berufen sich die innerhalb dieses Blocks kämpfenden Gruppen, wenn sie »Gerechtigkeit« fordern? Nötig ist die Annahme eines Universums der Repräsentationen und der politischen Diskurse (Jenson 1986), in dem sich die Individuen und Gruppen wiedererkennen und in dem sie ihre Identität, ihre Interessen und Meinungsverschiedenheiten ausdrücken können. Von der Formulierung dieses Universums hängt die Möglichkeit des hegemonialen Blocks selbst ab.

Als *soziales Paradigma* (hier einfach »Paradigma«) bezeichnen wir eine bestimmte Strukturierungsweise von Identitäten und Interessen, die innerhalb des Universums der Diskurse und politischen Repräsentationen legitim vertretbar sind. Das Akkumulationsregime, die Regulationsweise, der hegemoniale Block und das soziale Paradigma sind allesamt Ergebnisse einer konfliktförmigen historischen Entwicklung. Es handelt sich jeweils um eine geschichtliche Festsache, und ihre wechselseitige Angleichung innerhalb eines, wie wir es nennen können, *ökonomisch-sozialen Entwicklungsmodells* ist an sich schon so etwas wie ein Wunder. Ist dieser Zusammenhang erst einmal hergestellt, tendiert er sicher dazu, sich von selbst zu konsolidieren. Er wird aber auch unterminiert, und zwar einerseits durch die dem Modell eigentümlichen Widersprüche und auf der anderen Seite durch das, was »abseits« des Modells, von ihm ignoriert oder verdrängt, bestehen bleibt oder sich entwickelt.

Wir sehen auf diese Weise zwei Formen von Kämpfen auftreten:

– Den Kampf innerhalb desselben Paradigmas, einen Kampf, der die Differenzen über die Verteilungsgerechtigkeit oder über die tatsächliche Verteilung der wechselseitigen Vorteile zum Anlaß hat, die innerhalb der Akkumulationsweise als durch den hegemonialen Block garantiert gelten. Diese Kämpfe richten sich gegen das als »Übergriff«, »Regelwidrigkeit« oder sogar »Rückstand« Wahrgenommene, und sie zielen auf den Einsatz oder auf die Verbesserung der Regulationsmechanismen.

– Den Kampf gegen das hegemoniale Paradigma im Namen eines anderen Paradigmas, anderer Identitäten, anderer Interessen, namens einer anderen, vergangenen oder künftigen Auffassung über das Leben in der Gesellschaft, die ein anderes Akkumulationsregime, andere Regulationsformen implizieren und einen anderen gesellschaftlichen Block zusammenschweißen würde.

Hier können wir nun die Zweideutigkeit des Wortes »Demokratie« ermessen. Offenbar bezeichnet es eine politische Regulationsweise dieser beiden Konflikttypen: die Beteiligung der Bürger an der Vervollkommnung eines Paradigmas oder an den Entscheidungen innerhalb eines Paradigmas, aber genauso auch die Souveränität der Bürger in der Wahl des ökonomisch-sozialen Entwicklungsmodells. Nun ist dies keineswegs dasselbe, weil zum Beispiel die Definition des »Bürgers« selbst von dem geltenden Paradigma abhängt: Gehören die Frauen, die Proletariat, die Sklaven zu den »Bürgern«? Ebenso hängt das Feld der demokratischen Regulation auch vom jeweiligen Paradigma ab: ist die Arbeitsorganisation und die Aufteilung der Wachstumserräge von der demokratischen Souveränität abhängig?

Wir erkennen also, wie sich hinter das Wort »Demokratie« unterschiedliche

Bedeutungen schrieben: es würde demnach eine graduelle Skala zwischen den Entwicklungsparadigmen und -modellen bezeichnen. Wäre ein Modell »demokratischer«, das den Bereich der (Staats-)Bürgerlichkeit und der Bürgerrechte ausweitet? Das ist die traditionelle Bedeutung des Gegensatzes von »Links« und »Rechts«. Leider hängt aber das Inventar der *sichtbaren* Rechte innerhalb des Universums der politischen Diskurse von nichts anderem ab als — vom jeweils geltenden Paradigma. Athen kann sich demokratisch fühlen, ungeachtet des Ausschlusses von Frauen und Sklaven. Die Vereinigten Staaten können ruhigen Gewissens die Gleichheit der Geschlechter aus ihrer Verfassung entfernen und die Achtung der »Privilegien der Stammbelegschaft« in den Unternehmen verkünden. Die kommunistischen Parteien zeigen sich »demokratisch«, indem sie den Taylorismus zulassen. Die Geburt eines neuen Paradigmas, das die Demokratie ausweitet, indem es neue Identitäten auftreten läßt, die ihre Bestrebungen berücksichtigt haben wollen, ist Sache der radikalen sozialen Bewegungen.

Selbst in dieser zweiten Bedeutung ist daher die Demokratie kein Bereich, der bloß zu verwalten oder zu erweitern ist. Sie ist ein in jedem Jahrhundert neu zu entdeckender Kontinent. Wir werden als Beispiel von derjenigen Demokratie-konzeption ausgehen, die in dem vom Regulationsansatz als »Fordismus«² bezeichneten Entwicklungsmodell vorherrschend ist.

Der Fordismus und seine Krise

Dieses Entwicklungsmodell, das in den entwickelten kapitalistischen Ländern nach 1945 hegemonial war, beruhte auf drei Säulen:

- einer dominanten Form der Arbeitsorganisation nach den »tayloristischen« Prinzipien der Trennung von Planung und Ausführung, wobei sich das von den Technikern vergesellschaftete Know-how in der automatischen Maschinenanlage verkörpert. Diese tayloristischen Prinzipien schlossen theoretisch die unmittelbaren Produzenten von jeglicher Einbindung in den intellektuellen Aspekt der Arbeit aus, setzten jedoch in der Realität stillschweigend einen gewissen »guten Willen« voraus, der hier und da (vom Führungspersonal wie von den Arbeitern) verweigert wurde: eine »paradoxe Einbindung«;
- einem Akkumulationsregime, das ein Wachstum des Massenkonsums, und folglich der Absatzmärkte, parallel zu den Produktivitätszuwächsen implizierte;
- einem Ensemble von Regulationsformen, das sowohl die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer zur Anpassung an dieses Modell führte. Zu dieser Regulationsweise gehörten insbesondere die Tarifverträge und der Wohlfahrtsstaat, die der großen Mehrheit der Arbeitnehmer ein regelmäßig wachsendes Einkommen garantierten.

Das fordistische Paradigma bot eine Fortschrittskonzeption, die selbst wiederum auf drei Beinen ruhte: dem technischen Fortschritt (verstanden als ein durch »Kopfarbeiter« uneingeschränkt vorangetriebener Fortschritt der Technologie), dem sozialen Fortschritt (verstanden als Kaufkraftzuwachs bei Gewährleistung der Vollbeschäftigung) und dem Fortschritt des Staates (verstanden als Garant des Allgemeininteresses gegen die »Übergriffe« individueller Interes-

sen). In diesem dreifachen Fortschritt sah man den Zusammenhalt der Gesellschaft, indem er ihr Ziele setzte, die es lohnten, gemeinsam verfolgt zu werden.

Von den intellektuellen um Roosevelt bis zu den osteuropäischen Kommunisten wurde dieses Fortschrittsparadigma selbst »demokratisch« getauft. Dies weniger in der ersten Bedeutung des Begriffs (der Vorkriegs-Liberalismus war oft genauso »demokratisch«, nur daß den Frauen nicht immer das Wahlrecht zustand), sondern eben wegen seines »progressiven« Charakters. Der Primat von Wissenschaft und Technik schmeichelte einer bestimmten Konzeption von Humanismus, zumal das Akkumulationsregime eine allgemeine Umverteilung der »Fortschrittsdividenden« gewährleistete. Durch das Gewicht, das dem Staat und den nicht-marktförmigen Regulationsformen unterhalb des Staates (den Tarifverträgen) zukam, schien es schließlich auch die Verzerrungen durch ungleiche Verteilung der Reichtümer einzuschränken, von denen die Demokratie (in der ersten Bedeutung des Begriffs, d.h. der Fähigkeit aller, an der Beilegung der Differenzen mitzuwirken) diskreditiert wurde. Der Fortschritt der fordistischen Demokratie konnte auf diese Weise von den »Kräften der Arbeit und der Kultur« verteidigt werden.

Im Rückblick verdient jedoch diese »demokratische« Konzeption des sozialen Fortschritts allenfalls »hierarchischer Organismus« genannt zu werden. Sie ist in dem Sinne »organistisch«, daß niemand von der »Verteilung der Früchte des Fortschritts« prinzipiell ausgeschlossen wird (wobei in der Praxis klar ist, daß es immer Ausgeschlossene gibt). Dafür schließt sie aber systematisch die weniger qualifizierten Produzenten von der Beherrschung ihrer Tätigkeit und die Staatsbürger von der Entscheidung darüber aus, was sie (hinsichtlich des Verbrauchs, der öffentlichen Dienstleistungen, der Stadtplanung und generell im Hinblick auf die ökologischen Folgen) als Fortschritt akzeptieren müssen. Die vom Wohlfahrtsstaat organisierte Solidarität nimmt dadurch selbst eine strikt distributive und administrative Form an: es ist eine zugleich marktformige und hierarchische Solidarität.

Dieses Modell ist in der gesamten entwickelten kapitalistischen Welt, in der es sich installiert hatte, in die Krise gekommen. Sicher, es handelt sich dabei um eine ökonomische Krise. Um eine Krise des industriellen Organisationsmodells, das auf der Parzellierung der Tätigkeiten, der Trennung von »Planern« und »Ausführenden« und der immer kostspieligeren Mechanisierung beruhte. Um die Krise eines »Wohlstands-Staates«, der auf Umverteilung der zentral organisierten Kaufkraft beruhte. Um eine Krise des Nationalstaates, der sich als unfähig erwies, eine zunehmend internationalisierte Ökonomie zu steuern.

Diese Krise wurde aber beispielsweise in Frankreich von einer anderen überlagert, die der ökonomischen Krise vorberging, von einer Krise der Zustimmung zur herrschenden Fortschrittskonzeption, zum sozialen Paradigma. Während das Gemeinsame Programm der Linken nichts anderes tat, als das fordistische Ideal der »Demokratisierung« (von oben!) auf die Spitze zu treiben, haben die neuen Arbeiter- und Volkskämpfe (Arbeiter, Bauern, Angestellte) und die neuen sozialen Bewegungen (Regionalisten, Feministinnen, Naturschützer), die seit dem Mai '68 aufgekommen sind, das Modell als solches abgelehnt. Über dem alten Fortschrittsdreieck leuchtete ein neuer Stern, ein sehr alter und sehr neuer Wert

auf: das Streben nach Autonomie, der Wunsch nach individueller und kollektiver Eigeninitiative. Es war das Verlangen, »seine Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen« und »zu sehen, wofür man arbeitet«. Dieser »vierte Pol« sollte wiederum das alte Dreieck auflösen, das die Modernisten von rechts und links so innig verband. Technischer Fortschritt? Nicht um den Preis einer Abstumpfung der Arbeit. Soziale Solidarität? Nicht in der anonymen, bürokratischen Form, die ihr der Wohlfahrtsstaat verlieh. Ein Staat, der Ansprüche und Pflichten in sich vereint? Aber kein Staat von Technokraten mit seiner eigenen Konzeption des Guten und Schönen, der zur Durchsetzung »des Fortschritts« notfalls das Militär schickt.

Man braucht sich nicht zu wundern, daß die beiden ersten Jahre der Präsidentschaft von Mitterrand, in denen die linken Parteien sich zur Wiederbelebung eines Entwicklungsmodells abrackerten, das selbst in der Krise war — unterstützt weder von den Volksmassen noch von den Intellektuellen, die von einem solchen Modell nicht mehr viel erwarteten — fast auf der ganzen Linie in einem Mißerfolg endeten.

Der liberale Produktivismus

Was bleibt, wenn der Staat seine Ambitionen preisgibt, wenn es am Geld und der Zahlungsbereitschaft für die Solidarität mangelt, wenn man sich an die technologische Modernisierung klammert und die Initiative denen überläßt, die sie ergreifen können? Der ökonomische Liberalismus. Auf den Trümmern des vorherigen Modells und der alten Ideale der Linken wird die Renaissance der Eigeninitiative zum Kult des Unternehmens. Des Unternehmens, so wie es ist: mit einem, oder auch zehn, die entscheiden und den anderen, die gehorchen — entsprechend den Interessen der Firma, auch wenn dies nicht im Gemeinschaftsinteresse liegt. Was soll's! rief die gesamte westliche Intelligenz Mitte der 80er Jahre. Man muß konkurrenzfähig sein! Und deshalb ist es nötig, die unternehmerische Initiative freizusetzen. Und wenn die sozialen Auswirkungen ungünstig sind? Tut uns leid, man muß eben konkurrenzfähig sein. Aber wozu? Weil das freie Unternehmertum Konkurrenzfähigkeit erfordert, etc.

Früher wurde der technische Fortschritt mit dem sozialen Fortschritt gerechtfertigt. Früher nahm man an, das freie Unternehmertum sichere automatisch den Wohlstand aller. Aber der »liberale Produktivismus« genügt sich selbst, er hat keine gesellschaftliche Rechtfertigung mehr nötig. »Akkumuliert! Seid innovativ! Und nehmt Euch ein Beispiel an Silicon Valley!« Man sieht hin, aber man sieht trotzdem nicht alles. Häufig wird ignoriert, daß Silicon Valley keineswegs ein »spontanes« Produkt individueller Initiativen ist, sondern vor 40 Jahren durch die Stanford-Universität für ihre ehemaligen Studenten geschaffen wurde und bis heute im wesentlichen von öffentlichen Militär-Aufträgen lebt. Doch sieht man immerhin das Zusammenleben von Managern, von Technikern ... und von Angestellten. Arbeitern, die aus Mittelamerika geflüchtet sind, von Marsmenschen, die den Venusianern dienen; sie leben miteinander an den zwei Polen einer Gesellschaft ohne Mittelklasse, ohne Hoffnung, vom einen Planeten zum anderen hinüberwechseln zu können. Es ist eine »Sanduhr«-Ökonomie, in der

die Unteren vom Wohlstandsmüll der Oberen leben. Man sieht, wie sich die Städte der USA »brasilianisieren«. Diese »Sanduhr«-Gesellschaft breitet sich weltweit aus: Am einen Ende die Reichen und ihre Überkonsumtion (auf Pump), am anderen die industriellen Gulags der Freizonen. Dies ist eine mögliche Zukunft für den Kapitalismus.

Doch verbürgt kein technologischer Determinismus den letztendlichen Triumph des »liberalen Produktivismus« auf den Ruinen des Fordismus. Die logische und empirische Analyse der Entwürfe von neuen möglichen Entwicklungsmodellen (Leborgne/Lipietz 1987) enthüllt vielmehr in dreifacher Hinsicht seine Schwächen: die des technologischen Paradigmas, des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise. Seine »historische Chance« war eher der Zusammenbruch des fordistischen Paradigmas am Ende der 70er Jahre. Und trotz der ökonomischen und ökologischen Unordnung, die Ende der 80er Jahre immer deutlicher hervortritt, stützt sich der »liberale Produktivismus« heute immer noch auf die Schwäche seiner Konkurrenten.

Das »liberal-produktivistische« Paradigma könnte folgendermaßen zusammengefaßt werden:

- Betonung des »kategorisch« gewordenen produktivistischen technisch-ökonomischen Imperativs, mit dem Abschied von der Idee der expliziten Option für eine Gesellschaft, in der es wieder mehr Demokratie gibt (man investiert, weil man exportieren muß, man exportiert, weil man investieren muß).
- Fragmentierung des Gesellschaftlichen, wobei das Unternehmen unmittelbar die Rolle spielt, die einst dem Vaterland zufiel (man muß gegen die Konkurrenten zusammenhalten):
- große Verschiedenartigkeit der Integrationsformen des Individuums in das Unternehmen, von der reinen Disziplin bis zur vertraglichen Einbindung, aber immer individuell, mit dem Verschwinden der gesellschaftlichen Individualität vom »Klassen«-Typus:
- allgemeiner Rückgang der Solidaritäten administrativen Typs, die mit der Zugehörigkeit zu einer nationalen Gemeinschaft verbunden sind; die »Zivilgesellschaft« (d. h. einfach die Familie) soll übernehmen, was der Wohlfahrtsstaat nicht mehr garantieren kann.

Der liberale Produktivismus verzichtet mit anderen Worten freiwillig und ausdrücklich auf den Organismus des fordistischen Modells. Aber er unterstreicht dessen »hierarchischen« Charakter: eine dezentralisierte Hierarchie. Der Unternehmer ist der Herr im eigenen Haus, die »Erfolgreichen« sind die Herren auf dem Markt und auch der Familienvater sollte nach Möglichkeit der Herr im Haus sein ... Die »Demokratie« zieht sich also, in beiden Bedeutungen, auf der ganzen Linie zurück. Politische Auseinandersetzungen und Wahlen sind durch die Allianz der Kräfte des Weltmarktes ganz und gar gegenstandslos geworden. Der Teil der Menschheit, der in der Lage ist, für sich selbst aufzukommen, wird geringer.

Was den Rückgang des Organismus (der Fähigkeit einer Gesellschaft, sich als lebendiges Ganzes vorzustellen) betrifft, so drückt er sich unmittelbar durch

die Entwicklung von Ausschließungen sowie durch das Anwachsen der ökologischen Spannungen und der internationalen Ungleichgewichte aus. Aber einen Hoffnungsschimmer gibt es: inmitten dieser Ungleichgewichte ziehen sich diejenigen Nationen und Regionen, die am »organischsten« geblieben sind, am besten aus der Affäre. Die Werkzeugmaschinenproduktion der Emilia Romagna in Italien, die ungebrochene Stärke von Deutschland und Schweden und die industrielle Vorherrschaft Japans zeigen, daß es *selbst vom kapitalistischen Standpunkt* der bessere Weg ist, zu verhandeln, sich zu organisieren, die Kooperationsbeziehungen zwischen Firmen, lokalen und regionalen Verbänden oder Universitäten zu vervielfachen und die Arbeiter durch Betriebsgruppen und gewerkschaftliche Vereinbarungen zu mobilisieren. Offenbar reicht aber die Tatsache, daß der Organismus dem Liberalismus in der Leistungsfähigkeit überlegen ist, zur Bestimmung eines *alternativen* Paradigmas nicht aus, weil man erst noch sehen muß, was die BürgerInnen von dieser Überlegenheit eigentlich haben: Japan und Schweden gehen offenbar nicht den gleichen Weg. Kommen wir also nun von der Bestandsaufnahme zum Projekt.

Die Alternative

Was hat sie dem in den letzten Zügen liegenden fordistischen Paradigma und dem ans Licht drängenden liberal-produktivistischen Paradigma entgegenzusetzen — die gesellschaftliche Alternative, so wie sie in den sozialen Bewegungen zum Ausdruck kommt, die sich, vom französischen Mai bis zu den deutschen Grünen, seit Ende der 60er Jahre darauf berufen? Sicher nicht die Ablehnung des technischen Fortschritts, gewiß aber die Weigerung, diesen Fortschritt als einen Wert an sich aufzufassen. Drei Themen definieren die Elle, mit der jeder »Fortschritt« und alle Politik zu messen sind: die *Autonomie* der Individuen und Gruppen, die *Solidarität* zwischen Individuen und Gruppen, die *Ökologie* als das Prinzip der Beziehungen zwischen der Gesellschaft, dem Produkt ihrer Tätigkeit und ihrer Umwelt. Kurz, es geht um einen nicht-hierarchischen Organismus.

Auf die Krise des fordistischen Paradigmas antwortet die Alternative also mit — der Transformation der Arbeitsbeziehungen im Sinne einer erweiterten Kontrolle der Produzenten über ihre Tätigkeit;
— der Verminderung des Zeitanteils, der für Erwerbstätigkeit verwendet wird, und daher dem Rückzug der Warenbeziehungen aus der Konsum- und Freizeit-sphäre zugunsten freier Kreativität;
— der systematischen Auswahl der ökologisch verträglichsten Technologien (mit möglichst wenig Raubbau an den natürlichen Ressourcen), der möglichst vollständigen Wiederverwertung der Abfallprodukte, der Wiederherstellung von industriellem und städtischen Brachland usw.;
— der Transformation der sozialen Beziehungen außerhalb der Lohnarbeit im Sinne des Abbaus von Hierarchien, der Berücksichtigung von Gleichheit in der Differenz und vor allem im Sinne des Feminismus und des Antirassismus;
— der Transformation der Solidaritätsformen innerhalb der nationalen Gemeinschaft, von einer rein monetären Umverteilung hin zur Subventionierung von Aktivitäten, die selbstorganisiert und zu einvernehmlichem gesellschaftlichen Nutzen sind;

— der Entwicklung zu Formen der Basisdemokratie, die »organischer« und weniger dem Delegationsprinzip verpflichtet sind;
— der Beseitigung von Ungleichheiten zwischen verschiedenen nationalen Gemeinschaften und der Herstellung von Beziehungen zum wechselseitigen Vorteil zwischen selbstbezüglichen Gemeinschaften.

Als neues Paradigma ordnet diese Alternative sich nicht in die Polarisierung von Links und Rechts (d.h. von »mehr oder weniger demokratisch«) ein, die dem vorherigen (fordistischen) Paradigma eigentümlich war. Wenn die so definierte Alternative in den nächsten zwanzig oder dreißig Jahren den Platz des »hegemonalen Paradigmas« erobert, dem sich die politischen Kräfte an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zuordnen, dann wird sie ihre eigene Rechte, ihre Mitte und ihre Linke haben, die ihre Differenzen »demokratisch« (in der ersten Bedeutung) regeln. Doch löst die Alternative als ein neues Modell, das sich als »Fortschritt« präsentiert, die »demokratischen« Bewegungen von früher ab. Im Kern sollte seine ursprüngliche soziale Basis die Unterdrückten, die Erniedrigten und die Ausgebeuteten zusammenbringen, die sich gegen die entfremdeten sozialen Verhältnisse zur Wehr setzen: Frauen, Arbeiter, die das Opfer von Umstrukturierungen oder von Technologien sind, welche die Arbeit entwerten, Arbeitslose und unsicher Beschäftigte, die multikulturelle Jugend der Ballungsgebiete, Bauern »außerhalb der Norm« usw. Sie tritt daher die Nachfolge aller Emanzipationsbewegungen an. In diesem (dem historischen) Sinne ist die Alternative eine »neue Linke«, eine »demokratische Alternative«.

Wie könnten im Zusammenhang mit einem solchen Projekt die ökonomischen Grundlagen der demokratischen Alternative aussehen? Welches technologische Paradigma, welches Akkumulationsregime, welche Regulationsweise? Es reicht nicht aus, »die Demokratie« (im ersten oder zweiten Sinne) in jedem Aspekt des Entwicklungsmodells ins Spiel zu bringen. Man muß diese Demokratie näher »qualifizieren«. Und man braucht eine Antwort auf die ökonomischen Sackgassen des in der Krise Befindlichen, des antiquierten Fordismus.

Erinnern wir uns, daß dieses Modell aus zwei Arten von Gründen in die Krise geraten ist. Auf der einen Seite wird durch die Internationalisierung der Produktion und der Märkte die Möglichkeit einer nationalen Regulation des fordistischen Entwicklungsmodell gestört. Zum anderen ist die dominante Form der Arbeitsorganisation an ihre Grenzen gestoßen. »Die paradoxe Einbindung« ermöglichte nur mehr abnehmende Produktivitätsgewinne bei wachsenden Pro-Kopf-Investitionen. Daher der Rentabilitätsschwund, die Investitionskrise, die Beschäftigungskrise, die Krise des Wohlfahrtsstaats.

Gegenwärtig stehen die teuflischen Verkettungen in der Weltwirtschaft im Vordergrund, aber damit befassen wir uns hier nicht. Vorausgesetzt, daß es überhaupt eine oder mehrere vorteilhafte Lösungen dieser Probleme gibt, bleibt zu untersuchen, ob es einen »demokratischen« Ausstieg in Bezug auf die internen Verkettungen gibt, die von der Krise der Arbeit bis zur Krise des Wohlfahrtsstaates reichen.³

Für einen produktivitätsorientierten neuen Lohnkompromiß. — An der Wurzel der derzeitigen ökonomischen Krise gibt es also eine Krise der Arbeit, die eine

Krise des Taylorismus ist, dieser Form der »paradoxen Nicht-Einbindung« des unmittelbaren Produzenten. Die Informationstechnologie stellt als solche keine Lösung dieser Krise dar. Deshalb stimmen die japanischen Unternehmer, die Berichte von Dalle und Riboud in Frankreich, die Theoretiker der Harvard Business School und die Initiatoren des Saturn-Projekts überein in ihrer Verurteilung der tayloristischen Prinzipien. Das Bedienungspersonal müßte sich mit allen seinen Vorstellungen, seiner Innovationsfähigkeit, seiner Qualifikation und seinem im Produktionsalltag erworbenen Know-how einbringen können, und zwar nicht nur zur Verbesserung des Produktionsablaufs, sondern auch zur Vergesellschaftung des erworbenen praktischen Wissens: eine Aufgabe, die Taylor dem Planungsbüro reserviert hatte.

Um es klar zu sagen: die Arbeiterbewegung und alle demokratischen Bewegungen müssen die Herausforderung annehmen und das Terrain einer anti-tayloristischen Revolution besetzen. Dies nicht nur als »Kompromiß«, sondern als ersten Schritt zu historischen Zielen: einer demokratischeren, stärker »selbstverwalteten« Gesellschaft. Dies wäre ein Schritt zur Vermenschlichung der Gattung. Aber es wird eben *auch* ein Kompromiß sein. Natürlich, welcher Unternehmer wäre nicht entzückt, wenn er Arbeitnehmer hätte, die mit Begeisterung und allen ihren intellektuellen Fähigkeiten zum höheren Ruhm des Unternehmens arbeiten. Wenn der Taylorismus sich entschieden hat, auf diese Möglichkeiten zu verzichten, dann aus politischen Gründen: aus mikro-politischen Gründen, wegen der Kontrolle des Fabrikssystems, aber auch aus makro-politischen Gründen, aus Gründen der Staatsraison. Tatsächlich kann sich eine Gruppe hochqualifizierter, selbstbewußter und entschlossener Arbeiter gegen die Kontrolle aufheben, die das Führungspersonal über die Intensität ihrer Arbeit, über die Aufteilung der Produktivität und über die Zweckmäßigkeit der Produkte ausübt. Und eine Arbeiterklasse, die um ihre Fähigkeiten zur Betriebsführung weiß, kann auch bestimmte Ambitionen entwickeln, was ihre Fähigkeit zu politischer und gesellschaftlicher Führung angeht.

Was könnte das Führungspersonal vorschlagen, wenn es das, was Taylor getrennt hat, wieder zusammenbringen möchte? Und was könnten die Beschäftigten dafür fordern?

Die erste Forderung ist natürlich die *größtmögliche Sicherheit des Arbeitsplatzes*. Keine Arbeitnehmer/in ist bereit, sich kooperativ um Produktivitätszuwächse zu bemühen — die seine/ihre eigene Entlassung zur Folge hätten. Das Problem ist, daß ein Betrieb mittelfristig für eine bestimmte Art von Arbeit keinen sicheren Arbeitsplatz garantieren kann. Die Arbeitsplatzgarantie muß also eine *dynamische* Garantie sein, die sowohl firmeninterne als auch soziale Gesichtspunkte berücksichtigt. Dies wirft die Frage der »Mobilität« und der »Umstrukturierung« auf.

Der Großteil der Beschäftigten ist nicht bereit, die Mobilität zwischen verschiedenen Arbeiten und Regionen zu akzeptieren. Und sie haben recht. Die Arbeit ist nur ein Aspekt des individuellen und gesellschaftlichen Lebens. Die gefühlsmäßigen und familiären Beziehungen machen den Hauptteil der Bedingungen für individuelle Entfaltung und Glück aus und erfordern materielle Voraussetzungen: die Stabilität von Gemeinschaften, die an Territorien gebunden

sind. Der Kompromiß darf nicht einfach nur auf dem »Recht auf Arbeit« beruhen, er muß das Recht einschließen, »in der Region zu leben und arbeiten«. Das schließt ein kollektives Engagement der Gewerkschaften in der örtlichen Schaffung neuer Arbeitsplätze in dem Maße ein, wie die nutzlos gewordenen Arbeitsplätze verschwinden. Die Einbeziehung der Lohnabhängigen in die Frage des »Wie produzieren?« führt also auf die Frage des »Was produzieren?«.

An zwei Erfordernissen muß die Umstrukturierung des Produktionsapparates sich beständig orientieren:

Zunächst an der *Erhaltung und Bereicherung des praktischen Wissens*. Es ist nicht nur herabsetzend, sondern auch unvernünftig, das erworbene Know-how der Arbeiter nicht zu berücksichtigen. Deshalb müssen die Lohnabhängigen in die Entscheidungen über die Umstrukturierung einbezogen werden. Diese Männer und Frauen bringen ihr praktisches Wissen ein und haben Anspruch auf eine ergänzende Neuqualifizierung. Dieses Recht auf die erneute Qualifizierung und auf die Kontrolle über die Ziele der Umstrukturierung muß Bestandteil des Kompromisses sein, der über die dynamische Umstrukturierung erzielt wird.

Zweitens an der *demokratischen Festlegung der zu befreienden gesellschaftlichen Bedürfnisse*. Die Gewerkschaften erliegen leicht der Versuchung, die gegenwärtigen Arbeitsplätze ihrer Mitglieder zu verteidigen. Diese Arbeitsplätze können jedoch für die Gemeinschaft gefährlich (Kernkraftwerke) oder von zweifelhaftem Nutzen sein (überalterte Zechen, die Rüstungsindustrien). Deshalb geht die Kontrolle über das »Was produzieren?« nicht nur die momentan Beschäftigten, sondern die ganze Gesellschaft an. Es bedarf der Einrichtung neuer Formen demokratischer Planung, die dem »Urteil des Marktes« vorzuziehen. Dies wird vermutlich auf der Ebene der regionalen Beschäftigungszentren vor sich gehen können. Wir kommen darauf zurück.

Die Gewinnaufteilung. — Zuvor müssen wir jedoch einen anderen Punkt des Kompromisses präzisieren. Angenommen, die Einrichtung neuer beruflicher Verhältnisse, verbunden mit der »Informatik-Revolution«, zieht wieder höhere Produktivitätsgewinne nach sich — wer sollte von diesen Gewinnen profitieren? Zumindest sollten es die Lohnabhängigen im selben Maße wie die Unternehmen. Wäre dies nicht der Fall, so würde die stockende Nachfrage, die »hemungslosen« Produktivitätsgewinnen gegenübersteht, zu Überproduktion und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Das neue Entwicklungsmodell könnte jedoch dieses Problem lösen: sei es über eine Erhöhung der Pro-Kopf-Kaufkraft jedes Arbeitnehmers (durch direkte Entlohnung oder über den Wohlfahrtsstaat) oder über eine Ausdehnung der arbeitsfreien Zeit jedes Beschäftigten. Nach meiner Auffassung wird der Kompromiß (und das ist der wesentliche Punkt) vor allem zu einer *Verkürzung der Arbeitszeit* führen müssen, es nicht so sehr zu einer Steigerung der Kaufkraft für Waren. Für diese Option gibt es viele Argumente.

Zunächst ist die drastische Senkung der Arbeitszeit das wirksamste Mittel für einen schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Ferner hat der größte Teil der Bevölkerung in unseren entwickelten kapitalistischen Ländern (in der Dritten Welt sieht es anders aus) in quantitativer Hinsicht

einen derartigen Lebensstandard erreicht, daß das Recht auf Glückssuche künftig mehr durch einen »Mangel an Sein« als durch einen »Mangel am Haben« eingeschränkt wird. Schon vor der ökonomischen Krise, um 1968, begann das Modell des Massenkonsums seine existentiellen Schwächen zu offenbaren. Die Menschen brauchen Zeit, um mit dem, was sie haben, zu leben, sie wollen neue soziale Verhältnisse und selbstbestimmte kreative Tätigkeiten ausprobieren. Gerade die neuen Waren, die wie HiFi, Video oder Heimcomputer durch die elektronische Revolution hervorgebracht wurden, beanspruchten Zeit, wohnen durch die typisch fordristischen Waren (Autos, Waschmaschinen) Zeit gewonnen werden sollte.

Darüberhinaus legt diese Logik nahe, daß Lohnabhängige, die sich in ihrer Arbeitszeit aktiv einbringen, auf lange Sicht auch aktive BürgerInnen im demokratischen Leben sein müssen, mit freier Zeit für das kulturelle Leben und die Steigerung ihres Bildungsniveaus.

Schließlich ist ein Entwicklungsmodell, in dem die Vollbeschäftigung auf einem langsameren Wachstum der Warenbeziehungen und auf der Ausweitung der Freizeit, der nicht-warenförmigen Verhältnisse, beruht, weniger den ökonomischen Störungen ausgesetzt, die der internationalen Konkurrenz entspringen. Der »Freizeitkonsum« ruft keinen Import hervor, und um die Möglichkeit zu schaffen, Musik machen oder Theater spielen, Romane zu lesen oder zu lieben, bedarf es keines Protektionismus. Die »Steigerung des Lebensglücks« erlaubt ein ausgeglicheneres Wachstum und vergrößert die demokratische Regulationsfähigkeit der nationalen Ökonomien.

Nun beinhaltet ein solches Modell gewiß auch Kompromisse auf Seiten der Lohnempfänger. So wie es Minderheiten gibt, die momentan weit davon entfernt sind, über eine Kaufkraft zu verfügen, die in der Gesellschaft, in der sie leben, angemessen ist, so wird auch der dieser Arbeitszeitverkürzung entsprechende Lohnverzicht ungleich sein müssen. Man muß, mit anderen Worten, den Umfang der Lohn-Hierarchie abbauen. Und wenn auch möglicherweise die neuen Arbeitsbeziehungen, die auf Einbeziehung der ArbeiterInnen beruhen, weniger Pro-Kopf-Investitionen verschlingen, so wäre doch immer noch fixes Kapital nötig, um Arbeitsplätze zu schaffen. Die massenhafte Erzeugung von Beschäftigten durch Arbeitszeitverkürzung wird deshalb kurzfristig nicht möglich sein, sofern nicht mehr Lohnabhängige an den bestehenden Anlagen arbeiten. Die Verkürzung der menschlichen Arbeitszeit muß, anders gesagt, mit einer Ausweitung der maschinellen Arbeitszeit einhergehen: also Schichtarbeit. Eine Schichtarbeit, die, im Falle der Dienstleistungen, vielleicht selbst wieder erwünscht ist durch die Kunden — die in der Hauptsache selbst Lohnabhängige sind. Kurz, der »neue Kompromiß« ist nicht nur ein Kompromiß zwischen »den Oberen und den Unteren«, dem Führungspersonal und den Arbeitern. Es ist auch ein Kompromiß innerhalb der Arbeitnehmererschaft. Damit stellt sich das Problem der Solidarität, die im fordristischen Modell durch den Wohlfahrtsstaat verkörpert wurde.

Die Krise des Wohlfahrtsstaats meistern. — So, wie er aus einem Jahrhundert von gewerkschaftlichen Kämpfen hervorgegangen ist — mit den Siegen der Sozial-

demokratie in Europa, der Berücksichtigung der makro-ökonomischen und sozialen Erfordernisse durch die konservativen und christlich-sozialen Regierungen — erscheint der Wohlfahrtsstaat als eine sehr leistungsfähige, aber auch sehr eigentümliche Form von Solidarität.⁴ Im wesentlichen handelt es sich um eine Kompromißform zwischen Kapital und Arbeit in der Form eines Kompromisses zwischen Staatsbürgern. Ein Teil des zu verteilenden Einkommens wird von der Kaufkraft, die den Individuen direkt zufließt, abgezogen und in einen finanziellen Topf gelenkt. Dieser Topf fließt in Geldform wieder als Einkommen an diejenigen zurück, die, aus »legitimen« Gründen, »ihren Lebensunterhalt nicht auf normale Weise durch Arbeit verdienen können«. Diese »Norm« zieht sowohl für die Erwerbstätigen als auch für die Nicht-Erwerbstätigen schizophrene, sogar kafkaeske Konsequenzen nach sich.

Die Erwerbstätigen, d. h. sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, zahlen an den Wohlfahrtsstaat Steuern und Beiträge, um den »Geldtopf« zu unterhalten. Wird nun diese Abschöpfung zu drückend, beginnen diese Erwerbstätigen zu protestieren: sie würden für »Faulenzer« zahlen, für Leute, die nicht arbeiten. Tatsächlich würden diese Leute gern arbeiten, bloß können sie es eben nicht gegen Entlohnung, und sie dürfen es auch nicht, solange sie Sozialleistungen erhalten. Auch tragen sie die psychologischen Kosten dieser Unlogik. Wenn sie keine Arbeit haben, fühlen sie sich gesellschaftlich zurückgestoßen, wie Kinder, für deren Unterhalt man aufkommen muß. Wenn sie eine Arbeit haben (Nachbarschaftshilfe, Schwarzarbeit) und gleichzeitig ihre Unterstützung erhalten, werden sie als Doppelverdiener, als Betrüger angesehen, können bestraft werden und ihre Unterstützung verlieren ...

Es gibt ein Mittel, um diese doppelte Schizophrenie des Wohlfahrtsstaates fordristische Prägung zu vermeiden. Das ist die Einrichtung eines *neuen Tätigkeitssektors* von begrenztem Umfang (in der Größenordnung von 10 % der erwerbstätigen Bevölkerung, also der gegenwärtigen Arbeitslosenrate). Die ArbeiterInnen dieses Sektors, oder besser die Einrichtungen, die sie bezahlen (nennen wir sie »intermediäre Einrichtungen für gesellschaftlich-nützliche Arbeiten«), erhielten vom Wohlfahrtsstaat weiterhin Subventionen in Höhe der Arbeitslosenunterstützung (die übrigens durch ein wirklich allgemeines Sozialeinkommen verbessert werden müßte)⁵ und hätten nicht mehr Beiträge zu entrichten als die Arbeitslosen auch: dies käme für den Wohlfahrtsstaat auf das gleiche heraus. Die in diesem Sektor Beschäftigten erhielten von diesen Einrichtungen einen normalen Lohn auf der gesellschaftlich üblichen Rechtsgrundlage. Ihre auf diese Weise subventionierte Tätigkeit könnte sich gesellschaftlich-nützlichen Arbeiten widmen, und zwar

- Arbeiten, die derzeit zu erhöhten Kosten (weil nicht subventioniert) durch bestimmte Sektoren des Wohlfahrtsstaates selbst geleistet werden (Krankenpflege, Rekonvaleszenz);
- Arbeiten, die gegenwärtig in Form unbezahlter Frauennarbeit geleistet werden;
- Arbeiten, die überhaupt nicht gemacht werden, weil sie zu teuer wären (Verbesserung der Umwelt, vor allem in den ärmeren Stadtvierteln etc.).

Weil der gesellschaftlich nützliche Sektor subventioniert und frei von Abgaben ist, wären diese Dienstleistungen in der Tat weniger kostspielig: neue Aktivitäts-

felder könnten so eröffnet werden. Sie würden nicht in Konkurrenz zu denen anderer Sektoren (dem privaten oder administrativen Sektor) stehen, denn diese übernehmen solche Tätigkeiten nicht oder nur zum geringen Teil, weil sie keine zahlungskräftige Nachfrage finden oder es nicht wagen, sie durch entsprechend höhere Steuern zu finanzieren. Sie würden eigentlich nur mit der unbezahlten Frauenarbeit und der Schwarzarbeit konkurrieren: eine ausgezeichnete Sache! Und sie würden dem Wohlfahrtsstaat nicht mehr zur Last fallen als die Arbeitslosigkeit, die sie zu beseitigen helfen, natürlich unter dem Vorbehalt, daß dieser »dritte Sektor« die Größenordnung der zur Zeit bestehenden Arbeitslosigkeit nicht übersteigt.

Wie wir sehen, beseitigt die Entwicklung dieses »dritten Sektors der gesellschaftlich nützlichen Arbeit« die meisten Mängel des fordistischen Wohlfahrtsstaates. Damit erledigt sich der »Schizophrenie«-Vorwurf. Die beitragszahlenden Erwerbstätigen aus den beiden ersten Sektoren wüßten, wofür sie zahlen: für gesellschaftlich nützliche Arbeiten. Die Beschäftigten des dritten Sektors hätten eine Tätigkeit, die gesellschaftlich besser anerkannt und ihrer Selbstachtung förderlicher wäre als die Schwarzarbeit oder ungewisse »Jobs«. Die Mikro-Ökonomie würde durch eine Beschäftigungsentwicklung berücksichtigt, die für die zahlenden Organismen weniger kostspielig wäre, dabei jedoch den Erwerbstätigen ein stabiles Einkommen sichert und sie zudem nicht in Konkurrenz zu anderen geraten ließe. Mehr noch, in diesem neuen ökonomischen Sektor könnten neue soziale »demokratische« Beziehungen erprobt werden. Zunächst innerhalb des Sektors. Er könnte sich in kleinen selbstverwalteten kooperativen Organisationen, welche die Ausbildung und, mit Hilfe von Psycho-Soziologen, die Arbeit von Ausbildern verbinden. Ferner könnte er in seinen Beziehungen zu den »Verbrauchern« Neuerungen in der Suche nach neuen *verträglichen* (weder warenförderlichen noch patriarchalischen oder administrativen) Dienstleistungs-Verhältnissen einführen, mit einer ständigen Kontrolle der »gesellschaftlichen Nützlichkeit« dieser Tätigkeiten seitens der Empfänger (Städte oder Gemeinden, Umweltschutzbehörden, Krankenkassen etc.).

Auf diese Weise könnte der neue »alternative« Sektor in der Bestimmung seiner Aufgaben eine Schule der Selbstverwaltung, der Gleichheit der Geschlechter und der Demokratie sein. Obgleich er in den Markt und in die Lohnarbeitsverhältnisse eingebettet (aber dabei durch seine Beziehung zum Wohlfahrtsstaat geschützt) ist, könnte er einen neuen Schritt in der Demokratisierung der ökonomischen Verhältnisse bedeuten.

Eigeninitiative und Solidarität: Die gemeinschaftliche Synthese

Im Vergleich zum alternativen Paradigma erscheint das fordistische Paradigma selbst in seinen linken Variationen, als sehr wenig demokratisch (in der zweiten Bedeutung). Tatsächlich hat es einfach grundlegende Dimensionen der Demokratie ignoriert, genauso wie der von mir vorgelegte Entwurf wegen seines Ökonomieismus offenbar grundlegende Dimensionen (wie die Ethik der Geschlechterdifferenz → und nicht der bloßen Gleichheit) ignoriert. Im Fordismus wurde die Initiative der Arbeiter im gleichen Maße durch den »mitbestimmungsfeindlichen« Syndikalismus wie durch das tayloristische Führungspersonal zurückge-

drängt. Im Fordismus war die Umverteilung der Segnungen des Wohlfahrtsstaates abstrakt, anonym, formalistisch und bürokratisch, und die gewerkschaftliche Verwaltung der Sozialversicherungseinrichtungen hat es nicht besser gemacht. Diese abstrakte Fürsorglichkeit ist nach und nach zu einer griesgrämigen, kastrierten Milchkuh geworden, die sowohl für die Beitragszahler wie für die Unterstützungsempfänger verschwenderisch und schikanierend ist.

In Großbritannien, dem Mutterland der Sozialversicherung, ist mit Frau Thatcher zum ersten Mal eine Fanatikerin des Individualismus zur Macht gelangt. Die fordistische Linke ist daran zugrunde gegangen, daß sie die Leidenschaft der Eigeninitiative und die Begeisterung fürs Konkrete nicht die Solidarität einbringen konnte. Sie hat lange Zeit geglaubt, dem Kapitalismus die Solidarität allein über den Staat, von oben her, aufzwingen zu können. Sie hat die Bedeutung der direkten Initiative der Arbeiter und der Bürger nicht erkannt. Und sie hat den Geschmack an der Autonomie nur wiedergefunden, um sie dem Unternehmen zu überlassen. Kann man sich heute die Solidarität anders als administrativ vorstellen? Gibt es eine andere Form von Eigeninitiative als das freie Unternehmertum?

Sich ein neues Bündnis von Eigeninitiative und Solidarität vorzustellen, darin liegt die Schwierigkeit. Darin scheint sogar ein Widerspruch zu liegen. Es setzt das Gegenüber, den Kontakt, das Aushandeln an der Basis voraus. Kurz, es privilegiert das Lokale⁶ als den Ort demokratischer Regulation in der ersten Bedeutung: einerseits die unmittelbare Auseinandersetzung um die Ressourcen, um das praktische Wissen, um den Geist der Initiative, um die Phantasie, und andererseits eine Bestandsaufnahme der nicht befriedigten Bedürfnisse, der notwendigen Kompromisse. Das schließt ein, daß man sich zusammensetzt und die manchmal divergierenden Interessen auf den Tisch legt. Hier kann man sich nicht mehr sagen, man müsse nur bezahlen oder zahlen lassen. Hier weiß man, auf wen welches Opfer zurückfällt, und wagt auch die wechselseitigen Vorteile ab. Man kann hier nicht mehr ignorieren, daß eine Industriemüll produzierende Fabrik zwar Arbeitsplätze schafft, aber damit einen Fluß verdeckt, daß eine besser geschnittene Hecke mehr wert ist als eine Ortsdurchfahrt für Sattelschlepper. Hier spürt man hinter den Geldflüssen das Gewicht der materiellen und menschlichen Wirklichkeit. An die Stelle einer Finanzökonomie tritt eine globale Ökologie, im ländlichen wie im städtischen Bereich. Darin wird die Kollektiv-Fürsorge greifbar zu einer fürsorglichen Gemeinschaft.

Doch Vorsicht! Die lokale Entwicklung, die lokale Demokratie ist kein Paradies, wo alle Brüder sind. Die Gegensätze bleiben. Aber das wechselseitige Interesse am Weiterkommen ertrinkt nicht mehr in der hohlen Rhetorik des »Kollektivinteresses«. Der Kampf für Gleichheit und Gerechtigkeit wird schärfer. »Heute verdienst Du mehr als ich daran, aber ich verdiene auch, und morgen erinnere ich Dich daran, daß Du mich brauchst.« Es wird kein »großes Äußeres« (den Zentralstaat) mehr geben, in dem alle Rechnungen sich begleichen. Es wird jedem zu Bewußtsein kommen, daß die Mißachtung des anderen sich nicht auszahlt. Und nach und nach erfolgt der Übergang vom wohlverstandenen Eigeninteresse zur echten Solidarität: das Bewußtsein, daß die eigene Handlungsfreiheit, das eigene Wohlergehen vom Fortschreiten der Freiheit, vom Erfolg, vom Wohlergehen des Gegenüber abhängt.

Wir sind dem Lokalen, Regionalen zuerst im Zusammenhang mit dem neuen Lohn-Abkommen, der dynamischen Beschäftigungsgarantie begegnet, als wir die entscheidende Rolle der Partnerschaft zwischen Gewerkschaften, Unternehmern, den örtlichen Verwaltungen und dem Ausbildungssystem hervorheben haben. Das Netz der sich am Ort wechselseitig helfenden Unternehmen (unterstützt von einer Bevölkerung, die von ihnen Gegenleistungen in Form von Arbeitsplätzen bei Berücksichtigung ökologischer Normen verlangt) haben wir sodann um die »intermediären Einrichtungen« zum kollektiven Nutzen der lokalen Bevölkerung ergänzt. Darüberhinaus gibt es keine chinesische Mauer zwischen diesen Einrichtungen und den lokal initiierten Privatunternehmen, die von der lokalen Öffentlichkeit Starthilfe erhalten. Die Individuen können den Sektor wechseln, und die aufgrund einer besonderen Marktlücke rentabel gewordenen Einrichtungen der gesellschaftlich nützlichen Arbeit können zu nicht-subsventivierten Privatunternehmen werden.

Doch wer bestimmt den gesellschaftliche Nutzen? Wer wird ihm seinen Bereich zuweisen, um zu vermeiden, daß die Unternehmen des dritten Sektors sich mit den nicht-subsventivierten Tätigkeiten »beifügen«? Wer, wenn nicht die Verbraucher, die örtlichen Instanzen? Die radikale Reform des Wohlfahrtsstaates wird, was die Verwaltung betrifft, eine radikal dezentralisierte Reform sein, selbst wenn die Finanzierung weitgehend global, national bleibt.⁷ Denn die Risiken bleiben auch: das bloße Sich-Durchwursteln; die Unfähigkeit zur Bereitstellung von Fonds zur Bewirtschaftung der Initiativen; die Konkurrenz anderer Regionen; die Versuchung, den Status des Unterstützung empfangenden Konsumenten beizubehalten. Die Solidarität und die lokale Initiative werden sich nur dann entfalten können, wenn sie ihren Horizont weltweit ausdehnen, und zwar zunächst auf denjenigen Ort des Sozialvertrags, an dem die Spielregeln festgelegt werden: auf den Nationalstaat, selbst wenn dieser sich kontinental ausgeweitet hat. Ohne diese überregionalen Instanzen, die die Spielregeln fixieren, laufen die Regionen, die »Länder«, leicht Gefahr, in einen Zustand der »freien Konkurrenz« zurückzufallen, bei dem diejenigen, die am schlechtesten dran sind, das Nachsehen haben. Keine lokale Entwicklung ohne nationale und internationale Solidarität. Es ist vernünftig, davon auszugehen, daß die Regulation der Spielregeln und der Finanzausgleich zwischen den Regionen in der Kompetenz der repräsentativen Demokratie (auf Grundlage von Wahlen) bleiben wird, wobei diese wohl auf die europäische Ebene ausgeweitet sein dürfte, und daß die Errichtung einer nicht aggressiven Weltordnung eine Sache der Kräfteverhältnisse und der Diplomatie bleiben wird.

Aber die Hierarchien wälzen sich um. Wir erwarten die Veränderung an der Basis nicht mehr von der Veränderung an der Spitze. Wir fordern die Veränderung an der Spitze deshalb, um die Errungenschaften der Initiativen von unten zu festigen und zu fördern. »Vielleicht«, sagte ein Initiator einer jener lokalen Initiativen zur Wiedergeburt des »Rustbelt«, des »Rostgürtels« im Nordosten der USA, »vielleicht wird man uns in zehn Jahren als Pioniere betrachten. Vielleicht werden wir von den makro-ökonomischen Kräften, auf die wir keinen Einfluß haben, weggefegt. Aber jedenfalls scheint mir das, was wir versuchen, in der jetzigen Situation das einzig ehrenvolle Verhalten zu sein.«

Schluß

Die Demokratie erscheint bei genauer Prüfung als ein Begriff mit doppelter Konnotation. Innerhalb eines gegebenen sozialen Paradigmas zeigt sie sich als Mitwirkung der Bevölkerung bei der Regelung von Differenzen bezüglich der geltend gemachten Ansprüche. Zwischen den Paradigmen erscheint sie als eine Werteskala, an der die Erweiterung der wirklichen Rechte sich bemißt. Da diese »Rechte« sich auf Bereiche ausdehnen können, die innerhalb der früheren Paradigmen unvorstellbar waren, wird Demokratie in dieser Bedeutung von jedem Jahrhundert neu erfunden.

Der fordistische Kompromiß, in den die westeuropäische Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingemündet ist, sicherte ein Recht auf »organische« Verteilung der Früchte des technischen Fortschritts. Aber er hat auch den hierarchischen Charakter der Arbeitsteilung und der Gesellschaft befestigt, indem er die Macht an technokratische Kasten delegierte. Die Krise des Fordismus eröffnet die Möglichkeit zu einer Regression, die faktisch nicht weniger hierarchisch, aber viel weniger organisch ist: zum liberalen Produktivismus.

Dieser Weg ist an der Wegkreuzung zum Ende des 20. Jahrhunderts nicht der einzig mögliche. Eine demokratische Alternative, die den Organizismus mit dem Abbau der Hierarchien verbindet und die Demokratie auf die Arbeitsorganisation und die Solidarität ausweitet, bleibt möglich. Sie basiert auf der kollektiv ausgehandelten Einbeziehung der Produzenten, auf der dynamischen Beschäftigungsgarantie und der Arbeitszeitverkürzung. Sie umfaßt eine grundlegende Transformation des Wohlfahrtsstaates oder Fürsorge-Staats (*Etat-Providence*) zu einer fürsorglichen Gemeinschaft (*Communauté-Providence*). Die direkten demokratischen Regulationsformen, die von Angesicht zu Angesicht erfolgen, also lokal sind, werden dabei eine bestimmende Rolle spielen. Macpherson (1983) hat sich mit seiner »partizipativen Demokratie« der gleichen Vorstellung angenähert.

Aber eine solche Alternative wird sich nicht außerhalb des Kontextes einer »nicht-aggressiven« Weltwirtschaftsordnung festigen können. Ihre Bestimmung und ihre Mittel sprengen den Rahmen dieses Beitrags, und leider auch den der Demokratie ...

Aus dem Französischen von Hans-Peter Krebs

Anmerkungen

- 1 Die Arbeiten der »Regulations-Schule« richteten ihren Blick zunächst auf die Ökonomie (Agheta 1976; CEPREMAP 1977). Der internationale Kongreß in Barcelona 1988 hat die mögliche Ausdehnung dieses Ansatzes auf andere Disziplinen der Sozialwissenschaften gezeigt (vgl. Lipietz 1988a). Ich werde hier eine Methodik darstellen, die ich kürzlich mit Jane Jenson auf dem Gebiet der Politikwissenschaft entwickelt habe (Jenson 1987, 1988, 1989; Lipietz 1986, 1988b).
- 2 Als kurze Darstellung des Fordismus und seiner Krise siehe z. B. Lipietz 1989.
- 3 Zur vollständigeren Darstellung der demokratischen Alternative mit Einschluß der internationalen Aspekte vgl. Lipietz 1989.

- 4 Zum Wohlfahrtsstaat und seiner Kritik (von rechts und links) siehe Gough 1983, Lipietz 1983, Rowbotham et al. 1979.
- 5 Zum Sozialeinkommen siehe die Debatten in den *Cahiers de MAUSS* Nr.23, 1987.
- 6 Zur erneuten Bedeutung des »Lokalen« vgl. Eschagne/Rometfort 1987.
- 7 Zu diesen »vertraglichen« Beziehungen vgl. Erne/Laville 1988.

Literaturverzeichnis

- Aglietta, M., 1976: Régulation et Crises du capitalisme. Paris
- CEPREMAP, 1977: Approches de l'inflation: l'exemple français. Rapport au Cordes par J.-P. Benassy, R. Boyer, R.M. Gelpi, A. Lipietz, J. Mistral, J. Munoz, C. Ominami. Paris
- Erne, B., und J.-L. Laville, 1988: »Les Petits Boulots« en question. Paris
- Eschagne, M. und A. de Rometfort, 1987: Initiative et Solidarité; l'affaire de tous. Paris
- Gough, I., 1983: Thatcherism, the New Right and the Welfare State. In: *Cahiers de l'ACFAS* 16
- Jenson J., 1987: Gender and Reproduction: Or, Babies and the State. In: *Studies in Political Economy* 20, 9-46
- dies., 1988: Paradigmes and Political Discourses: Labour and Social Policy in the USA and France before 1914. In: C.E.S. Working Papers Series, Harvard Univ.
- dies., 1989: »Different« but not »Exceptional«: Canada's Permeable Fordism. In: *Canadian Review of Sociology and Anthropology*, Special Issue (Winter)
- Leborgne, D., und A. Lipietz., 1988: L'Après-Fordisme et son espace. In: *Les temps modernes* (April)
- Lipietz, A., 1983: Crise de l'Etat-Providence. In: *Les temps modernes* (Novembre)
- dies., 1985: Reflexions autour d'une fable. Pour un statut marxiste des concepts de régulation et d'accumulation. In: *Couverture orange CEPREMAP* Nr. 8530
- dies., 1986: Les conditions de la création d'un mouvement alternatif en France. In: *Les Enjeux institutionnels et politiques de mars 1986* (Januar)
- dies., 1988a: La trame, la chaîne et la régulation: outils pour les sciences sociales. Intervention au Colloque international sur la théorie de la Régulation, Barcelone, 16-18 juin. In: *Couverture orange CEPREMAP* Nr. 8816
- dies., 1988b: Gouverner l'économie, face aux défis internationaux: développementisme nationaliste à la crise nationale. Intervention à la Conférence In Search of the New France, Brandeis Univ., 13-15 mai. In: *Couverture orange CEPREMAP* Nr. 8815.
- dies., 1989: Choisir l'audace. Une alternative pour le XXe siècle. Paris
- Macpherson, C.B., 1967: Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Frankfurt/M.
- dies., 1983: Nachruf auf die liberale Demokratie. Frankfurt/M.
- Rowbotham, S., u.a., 1979: Beyond the fragments. London